

Berufsbildungsbericht 2023

- 1. Gemeinsame Stellungnahme von Arbeitgeber-, Arbeitnehmer- und Länderbank im BIBB-Hauptausschuss zum Berufsbildungsbericht 2023**
- 2. Ergänzende Stellungnahme der Beauftragten der Arbeitnehmer*innen im BIBB-Hauptausschuss zum Berufsbildungsbericht 2023**

1. Gemeinsame Stellungnahme von Arbeitgeber-, Arbeitnehmer- und Länderbank im BIBB-Hauptausschuss zum Berufsbildungsbericht 2023

Wir danken allen Beteiligten im Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie im Bundesinstitut für Berufsbildung für den umfassenden und informativen Berufsbildungsbericht 2023.

Das System der Beruflichen Bildung in Deutschland sorgt für viele junge Menschen nach dem Schulabschluss für einen Einstieg in das Erwerbsleben und sichert den Betrieben qualifizierte Fachkräfte. Die sozialpartnerschaftliche Ausgestaltung schafft einen guten und flexiblen Rahmen durch Mindeststandards, bundesweite Vergleichbarkeit und technologieoffene Formulierungen und ist in der Lage, Veränderungen in der Berufspraxis schnell aufzugreifen. Die Berufsausbildung ist eine wichtige Grundlage für stabile Beschäftigung und attraktive Karrierewege. Die Bänke sind überzeugt, dass das System der Berufsbildung handlungs- und zukunftsfähig ist und einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen – Demografischer Wandel, Dekarbonisierung, Digitalisierung – leistet und weiterhin leisten wird.

Verschiedene krisenhafte Entwicklungen haben in den vergangenen Jahren auf den Ausbildungsmarkt gewirkt oder wirken immer noch auf ihn ein. Hier sind insbesondere die Auswirkungen der Corona-Pandemie und aktuell der russische Angriffskrieg in der Ukraine mit den Folgen gestörter Lieferketten, steigender Energiepreise, Beschleunigung der Energiewende und massiver Fluchtbewegungen zu nennen. Auf dem Ausbildungsmarkt ist es trotz steigender Stellenangebote bei sinkender Nachfrage noch nicht gelungen, zum Vorkrisenniveau zurückzukehren. Mit Blick auf die Berufsbildung insgesamt muss es das Ziel sein, die Folgen der aktuellen Krisen zügig zu überwinden und gestärkt aus der Situation hervorzugehen. Deshalb sprechen sich die drei Bänke im BIBB-Hauptausschuss dafür aus, wirkungsvolle Maßnahmen zu ergreifen, um alle Potenziale zu heben. Die Besetzung offener Ausbildungsplätze und die Versorgung von Bewerberinnen und Bewerbern schließen einander nicht aus, sondern sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Ein wichtiger Schritt, um dieses Ziel zu erreichen, ist eine frühzeitige, durchgängige und praxisorientierte berufliche Orientierung in allen allgemeinbildenden Schulen, insbesondere auch an den Gymnasien. Beim Übergang zwischen Schule und Beruf muss die Zahl der unbekannt Verbliebenen gesenkt werden. Ein funktionierender Datenaustausch zwischen den Schulen und den Agenturen für Arbeit sowie den Jobcentern schafft die Grundlage für eine gezielte und individuelle Unterstützung. In diesem Zusammenhang versprechen die Jugendberufsagenturen als rechtskreisübergreifende Zusammenschlüsse der beteiligten Verwaltungseinheiten viele Vorteile. Noch immer verlassen zu viele junge Menschen die Schule ohne Abschluss, was den Einstieg in Ausbildung erschwert. Sie laufen Gefahr, den Anschluss zu verlieren und in Langzeitarbeitslosigkeit abzurutschen. Auch hier ist eine wirkungsvollere individuelle Unterstützung in der Schule und beim Übergang in Ausbildung notwendig.

Im Berufsbildungsbericht 2022 weisen die drei Bänke im BIBB-Hauptausschuss darauf hin, dass die Auswirkungen der Corona-Pandemie noch nicht abschließend bewertet werden können. Da nun weitere statistische Angaben vorliegen, ist der Zeitpunkt gekommen, dies nachzuholen. In einem gemeinsamen Prozess mit den Bänken ist zu analysieren und festzuhalten, was in der Krisensituation gut oder was weniger gut gelaufen ist. Aus den Ergebnissen lassen sich wichtige Schlüsse für evtl. neue Krisensituationen ableiten.

Die Vertreterinnen und Vertreter von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Ländern schließen ihre gemeinsame Stellungnahme zum Berufsbildungsbericht 2023 mit einem Dank an alle, die sich für die Berufsbildung einsetzen – insbesondere als Ausbilder/Ausbilderin im Unternehmen, als Lehrkraft

in einer berufsbildenden Schule, als Dozent/Dozentin in einer Bildungseinrichtung, als ehrenamtliche Mitglieder in einem Prüfungs- oder Berufsbildungsausschuss und als ehrenamtliche Sachverständige in der Ordnungsarbeit. Ohne ihr Engagement wäre Berufsbildung in der heutigen Form und Qualität nicht denkbar.

2. Ergänzende Stellungnahme der Beauftragten der Arbeitnehmer*innen im BIBB-Hauptausschuss zum Berufsbildungsbericht 2023

Die Dynamik der Erholung auf dem Ausbildungsmarkt nach Corona hat sich wieder abgeschwächt. Rein rechnerisch würde es noch 13 Jahre dauern, bis die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge wieder das Vor-Corona-Niveau erreicht. Auch eine Reihe von weiteren Indikatoren bieten keine Anzeichen einer echten Trendwende, die so dringend notwendig wäre, um jungen Menschen den Start ins Erwerbsleben zu ebnen.

Die rechnerisch verbesserte Relation zwischen Ausbildungsstellen und Ausbildungsbewerber*innen geht fast vollständig auf die erneut gesunkene Zahl der Bewerber*innen zurück. Dieses darf aber nicht mit mangelndem Interesse an Ausbildungsstellen gleichgesetzt werden. Vielmehr scheinen Stellenangebote und Angebote der Berufsorientierung in zunehmendem Maße nicht die jungen Menschen zu erreichen. Bereits jetzt muss davon ausgegangen werden, dass während der Corona-Zeit eine erhebliche Zahl von Schulabgänger*innen unbemerkt aus dem (Aus)Bildungssystem herausgefallen ist.

Trotz dieser verbesserten Angebots-Nachfrage-Relation münden weiterhin nur zwei Drittel der Ausbildungsinteressierten am Ende tatsächlich in eine Ausbildung ein. Die Vermittlungsquote in reguläre betriebliche Ausbildung der Agenturen für Arbeit liegt seit Jahren bei weniger als 50 Prozent. Es gibt immer noch zu viele, die bei der Suche nach einer Ausbildung scheitern.

Aus unserer Sicht hat sich die Marktlage nicht für alle Jugendlichen verbessert. Wir sehen, dass vor allem im ländlichen Raum Stellen unbesetzt bleiben und in Ballungsräumen und Großstädten das Angebot weit hinter der Nachfrage zurückbleibt. Gleichzeitig können offene Stellen auch ein Zeichen dafür sein, dass die Angebote nicht da ankommen, wo sie ankommen müssen und zum Teil auch Bewerber*innen von den Betrieben als „ungeeignet“ eingestuft werden. Die Nachfrage sinkt – was aber nur die erfasste Nachfrage ist.

Dramatisch ist der Anstieg von jungen Menschen zwischen 20 und 34 Jahren ohne Berufsabschluss um 2,3 Prozentpunkte. Erstmals liegt deren Zahl damit bei deutlich über 2,5 Mio. Dieser Anstieg ist eine direkte Folge der Ausbildungslosigkeit in den vergangenen Jahren und eines unzureichenden Unterstützungsangebots beim Übergang zwischen Schule und Beruf. Gerade während der Corona-Jahre ist diese Zahl noch einmal stärker gewachsen und gibt damit einen Hinweis auf fehlende Unterstützung in dieser Zeit.

Erneut ist auch die Zahl der ausbildenden Betriebe weiter gesunken auf nur noch 19,1 Prozent. Dieser Prozess vollzieht sich bereits seit vielen Jahren, ohne dass ein Stopp oder eine Umkehrung dieser Entwicklung erkennbar wäre. Die Ausbildung künftiger Fachkräfte für die Betriebe liegt damit in den Händen immer weniger Betriebe und somit auf einer zunehmend schmalen Basis.

Die gestiegene Vertragslösungsquote und die gesunkene Prüfungserfolgsquote erfordern eine besondere Aufmerksamkeit der für das System der Berufsbildung Verantwortlichen. Beide Indikatoren müssen insbesondere vor dem Hintergrund der Veränderungen in der Corona-Zeit analysiert werden. Es muss alles getan werden, um eine langfristige negative Entwicklung zu verhindern. Sowohl die Lösung von Ausbildungsverträgen als auch das Verfehlen des Ausbildungsziels sind mit Blick auf die Verfügbarkeit von Fachkräften problematisch.

Ohne entschlossene Maßnahmen drohen sich diese Entwicklungen weiter zu verschärfen und letztlich die Herausforderungen der Transformation und den Einsatz für mehr Chancengleichheit im Bildungssystem zu konterkarieren. Alle Maßnahmen von Bund und Ländern müssen sich künftig stärker daran messen lassen, inwiefern sie zur Lösung dieser Probleme beitragen.

Vor diesem Hintergrund muss der Übergang zwischen Schule und Beruf zu einem systematischen Übergangsmanagement weiterentwickelt werden. Frühe, praxisnahe Berufsorientierung an allen Schulformen muss jungen Menschen einen umfassenden Einblick in die Arbeitswelt bieten. Ein solches System muss aber auch eine effektive Begleitung und mehr individuelle Unterstützung nach der Schule leisten. Zentral sind dafür mehr und besser ausgestattete Jugendberufsagenturen, die diesem Auftrag tatsächlich gerecht werden können.

Berufsausbildung muss für junge Menschen wieder stärker als attraktive berufliche Perspektive gesehen werden. Dafür müssen Berufe gute Einkommens- und Entwicklungsperspektiven bieten, damit berufliche Facharbeit nachhaltig aufgewertet wird.

Daneben brauchen junge Menschen durch eine Ausbildungsgarantie das Versprechen, eine Ausbildung aufnehmen zu können und eine Chance auf einen vollqualifizierenden Ausbildungsabschluss zu erhalten. Wem dies nicht durch den unmittelbaren Sprung in eine betriebliche Ausbildung gelingt, soll nicht durch jahrelange Warteschleifen entmutigt werden. Stattdessen muss ein Angebot auf eine außerbetriebliche Ausbildung diese jungen Menschen auffangen und – wenn eine Vermittlung in betriebliche Ausbildung scheitert – ihnen die Möglichkeit auf einen Berufsabschluss eröffnen. Die bestehenden Maßnahmen im Übergangsbereich bieten diese Chance gerade nicht. Begleitet werden muss diese Ausbildungsgarantie von einem umlagefinanzierten Zukunftsfonds, um alle Betriebe an den Kosten der Ausbildung von Fachkräften zu beteiligen und diejenigen zu unterstützen, die ausbilden. Die Umsetzung der im Koalitionsvertrag verankerten Ausbildungsgarantie steht aber nach wie vor aus.

Zur Attraktivität und Zukunftsfähigkeit der Berufsbildung sind massive Investitionen in die Berufsschulen notwendig. Dabei muss die bauliche und technische Ausstattung in den Blick genommen und die Versorgung mit Lehrkräften sowie deren Fortbildung gesichert werden. Auch der Pakt für Berufliche Schulen, der ebenfalls im Koalitionsvertrag angekündigt ist, muss dafür endlich schnell auf den Weg gebracht werden.

Zur Sicherung von Fachkräften in den Sozial- und Erziehungsberufen bedarf es noch erheblicher Anstrengungen, um den weiter steigenden Bedarf zu decken. Der Berufsbildungsbericht sollte deshalb zukünftig ein größeres Gewicht auf die Berichterstattung zu diesen Ausbildungsberufen legen.

Mit der Ausbildungsoffensive Pflege haben mehr Schulabgänger*innen eine Ausbildung zur Pflegefachkraft begonnen. Jedoch sind die Steigerungen in den Ländern sehr unterschiedlich, so dass noch nicht von einer deutlichen Steigerung gesprochen werden kann. Das ursprüngliche Gesamtkonzept Gesundheitsfachberufe wurde leider nicht umgesetzt. Somit werden wieder einzelne Gesetze reformiert und erlassen, die auch unterschiedliche Qualitäten aufweisen. Dinge wie Ausbildungsvergütung, Schulgeldfreiheit, Qualität und Dauer der Ausbildung wurden wieder unterschiedlich geregelt, obwohl Einheitlichkeit in diesen Fragen wesentlich zur Attraktivität beitragen würde.

Praxisintegrierte und vergütete Ausbildungsformate in den Berufen der Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern sind ein gangbarer Weg, um die Ausbildung attraktiver zu machen und müssen weiter ausgebaut werden. Allerdings darf die Ausbildung in den Einrichtungen nicht dazu führen, dass die Fachschüler*innen auf den Fachkräfteschlüssel angerechnet und entsprechend eingesetzt werden.